

Anno ... 30. Woche

1896, 27. Juli: In London beginnt ein Kongress der II. Internationale. Etwa 730 Delegierte vertreten Arbeiter aus zahlreichen Ländern, auf der Tagesordnung stehen unter anderem die Agrarfrage, Diskussionen über politische Aktionen und über die Kriegsgefahr. Die Anarchisten werden vom Kongress ausgeschlossen und tagen auf einer gesonderten Konferenz.

1931, 24. Juli: Einige deutsche Unternehmer fordern Reichspräsident Paul von Hindenburg dazu auf, der NSDAP die Regierungsverantwortung zu übertragen. In dieser »Eingabe der wirtschaftspolitischen Vereinigung Frankfurt am Main« heißt es: »Ein Zusammenbruch ist da, wie er seines Beispiels in der deutschen Geschichte sucht. (...) Die nationale Opposition, getragen von der Vaterlandsliebe der gesunden deutschen Jugend, diszipliniert und von Männern geführt, die den Beweis ihrer Bedeutung im täglichen Kampf gegen den Bolschewismus geliefert haben, fordert ihr Recht. Und wir deutschen Wirtschaftsführer, die wir politisch sehend geworden sind, stehen hinter ihr.«

1946, 26. Juli: In Österreich wird das erste Verstaatlichungsgesetz erlassen. Es betrifft das Bankwesen, die Eisen- und die Stahlindustrie. Der Creditanstalt-Bankverein, die Länderbank und das Österreichische Credit-Institut, die Chemie- und Erdölindustrie sowie die Werften gehen in den Besitz der Zweiten Republik über.

1946, 29. Juli: In Paris beginnt eine Konferenz zwischen den Alliierten und den Verbündeten des Deutschen Reichs Italien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien und Finnland. Es geht um die Friedensbedingungen, die Rückerlangung der staatlichen Souveränität der Länder und Reparationszahlungen.

1956, 26. Juli: Während einer Massenveranstaltung erklärt der ägyptische Staatschef Gamal Abdel Nasser die Verstaatlichung des Suezkanals, der sich im Besitz eines internationalen Konsortiums befindet. Nasser reagiert mit der Maßnahme auf das Verhalten der USA, die trotz vorheriger Zusage eine Finanzierungshilfe für den Bau des Assuanstaudamms zurückzog.

1961, 24. Juli: Die australische Behörde für Einwanderung verkündet eine Visabeschränkung für mittellose Migrantinnen. Gründe für den Einwanderungsstopp sind die steigenden Arbeitslosenzahlen im Land und Unruhen in den Einwandererlagern.

<https://www.jungewelt.de/artikel/290448.anno-30-woche.html>